

VI-1

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 8: GRÜNES NRW – vielfältig, bunt, offen

Grünes NRW – vielfältig, bunt, offen

1 Unsere Gesellschaft ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bunter geworden. Die-
2 se Vielfalt zeichnet sich besonders in Nordrhein-Westfalen aus. Von Aachen bis Minden
3 leben Menschen aus 198 Ländern in unserem Bundesland; ein Drittel aller Schülerin-
4 nen und Schüler an nordrhein-westfälischen Schulen hat einen Migrationshintergrund. In
5 Nordrhein-Westfalen treffen die unterschiedlichsten Religionen und Wertevorstellungen,
6 aber auch verschiedene sexuelle Identitäten, Formen des familiären Zusammenlebens und
7 Lebensentwürfe aufeinander. Viele Menschen haben sich die Freiheit nehmen können, auch
8 dank der Politik der Grünen, tradierte Pfade zu verlassen und eigene Lebensentwürfe zu
9 verfolgen. Frauen haben sich mehr gesellschaftliche Teilhabe erkämpft. Menschen mit Be-
10 hinderung nehmen ihr Leben zunehmend selbst in die Hand. Die Vielfalt in unserem Land
11 ist sein Reichtum. Sie gilt es, Wert zu schätzen und zu befördern. Die Vielfalt in unserem
12 Land ist auch eine Herausforderung, die es zu gestalten gilt.

13 Diese gelebte Vielfalt wird aber zur Zeit von Teilen der Gesellschaft besonders massiv
14 in Frage gestellt und angegriffen. Auch heute ist es noch bittere und traurige Realität
15 wie Diskriminierung im Alltagsleben stattfindet, bspw. auf Grund der sexuellen Orien-
16 tierung oder Religion. Es ist beschämend wie Flüchtlinge persönlich angegriffen und ihre
17 Unterkünfte Ziel von Anschlägen werden. Das 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur
18 Jüdinnen und Juden weiterhin Opfer von Übergriffen werden, macht uns fassungslos. Dies
19 ist nicht nur Realität in Nordrhein-Westfalen sondern leider eine europaweite Entwicklung.
20 Diese Ressentiments, dieser Hass und diese Gewalt werden befeuert durch rechtsextreme
21 Parteien und Bewegungen, die sich einen bürgerlichen Anstrich geben. Wir GRÜNE stel-
22 len uns dieser Entwicklung entschlossen entgegen, hier in unserem Land, deutschland- und
23 europaweit.

24 Wir Grüne stehen für ein vielfältiges, buntes und offenes Nordrhein-Westfalen – ohne
25 Wenn und Aber. Wir stehen für ein neues „Wir“ in unserer pluralen Gesellschaft. Wir
26 wollen, dass alle Menschen die Freiheit haben, ihre eigenen Lebensentwürfe zu verfol-
27 gen, und ihre Potentiale in unserer Gesellschaft voll ausschöpfen können. Niemand soll
28 aufgrund seiner Herkunft oder Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder sexuellen Orientie-
29 rung, Behinderung oder des Geschlechts diskriminiert werden oder gar Angst vor Bedro-
30 hung oder Übergriffen haben müssen. In Zeiten einer erstarkten Politik mit Ressentiments,
31 der erhöhten Lautstärke nationalistischer, rassistischer, frauenfeindlicher und homophober

32 Stimmen, stellen wir unsere Werte einer Gesellschaft der Vielfalt ins Zentrum der politi-
33 schen Debatte: Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Antidiskriminierung und Minder-
34 heitenschutz haben höchste Aktualität. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen für Vielfalt
35 und Verschiedenheit zusammen steht – denn was wäre Karneval, wenn alle das gleiche
36 Kostüm tragen?

37 **Für eine echte Willkommenskultur und Perspektiven für Flüchtlinge**

38 Weltweit sind momentan über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Not
39 und politischer Verfolgung, vor Kriegen und Terror, vor gesellschaftlicher Ausgrenzung
40 und Diskriminierung, vor Hunger und Krankheiten und immer mehr auch vor den Aus-
41 wirkungen der Klimakrise. Der Einsatz für die Rechte von Flüchtlingen ist seit jeher ein
42 grünes Herzensthema. Für uns sind die unveräußerlichen Menschenrechte Kompass unse-
43 res Handelns. Wir wollen, dass Flüchtlinge in NRW gut und sicher leben können, dass
44 sie sich willkommen fühlen können und eine Perspektive für ihr weiteres Leben entwi-
45 ckeln können. Sie haben unsere vollste Unterstützung und Solidarität. Wir wollen die
46 vielen gemeinnützigen und ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingsarbeit unterstützen,
47 denn sie bauen Brücken in die nordrhein-westfälische Gesellschaft. Ohne ihr Engagement
48 ist eine Willkommenskultur nicht denkbar. Der Bund ist aufgefordert, insbesondere die
49 Kommunen endlich bei der Unterbringung und Versorgung angemessen finanziell zu un-
50 terstützen.

51 Wir begrüßen die Ergebnisse des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsgipfels. Es ist wichtig
52 und richtig, dass sich das Land in der derzeitigen Situation auch finanziell verstärkt für
53 Flüchtlingskinder in Kitas und Schulen, für Frauengesundheit, die Unterstützung und Be-
54 gleitung von ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsarbeit und für Maßnahmen zur
55 Verbesserung der Integration in den Arbeitsmarkt sowie die Ausweitung von Deutschkurse
56 engagiert. Wir wollen, dass alle Flüchtlinge unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen
57 Status in eine gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden.

58 **Für eine gelingende Integration**

59 Deutschland ist heute offener als vor 25 Jahren. Wir Grüne haben von Anfang an den
60 Weg eingeschlagen und konsequent verfolgt, Deutschland als Einwanderungsland offen
61 und einladend zu gestalten. In der gegenwärtigen Migrations- oder Integrationspolitik
62 wird dennoch noch immer von Defiziten und nicht von einem Mehrwertansatz gesprochen.
63 Dabei ist die große Aufgabe der Zukunft, gleichberechtigte Teilhabe und Integration aller
64 zu einem neuen Wir zu gestalten. Eine gelingende Integration beginnt mit dem diskri-
65 minierungsfreien Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit. Deshalb brauchen wir endlich
66 ein Einwanderungsgesetz. Es gilt, Kriterien dafür zu entwickeln, die Einwanderung und
67 das Zusammenleben in einer offenen Gesellschaft zu gestalten. Hierzu gehört auch eine
68 Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts.

69 Wir Grüne sehen als zukünftige Herausforderungen die Integration und Partizipation von
70 Neuzugewanderten auf der einen Seite und von Menschen, die in Deutschland in der
71 zweiten, dritten oder gar vierten Generation leben, auf der anderen. Während Menschen

72 mit Migrationsgeschichte zunehmend ‚höhere‘ Abschlüsse erzielen, belegen Studien, dass
73 sie auf dem Arbeitsmarkt allein aufgrund ihres Namens schlechtere Chancen haben.

74 Die Einteilung der Gesellschaft in In- und Ausländer gehört schon längst auf den Fried-
75 hof der Geschichte. Im Gegenteil: Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte müssen
76 daran arbeiten, ein weiteres Auseinanderdriften unserer Gesellschaft entlang von ‚Her-
77 kunftsgrenzen‘ (oder gar ‚Glaubensgrenzen‘) zu verhindern.

78 Mit seinem Teilhabe- und Integrationsgesetz hat Nordrhein-Westfalen 2012 dafür wichti-
79 ge Weichen gestellt. Wir wollen die Kommunalen Integrationszentren weiter vorantreiben
80 und insbesondere die Kooperation mit den Migrantenorganisationen erweitern, die sich mit
81 unterschiedlichsten nordrhein-westfälischen Themen wie Kunst und Kultur, Gesundheit
82 oder Umwelt auseinandersetzen. Mit dem nordrhein-westfälischen Berufsamerkennungsge-
83 setz sorgen wir dafür, dass ausländische Berufsabschlüsse besser und schneller anerkannt
84 werden und schaffen eine umfängliche Beratungsstruktur. Wir begrüßen, dass mit dem
85 Gesetz auch die Anerkennung von Vorerfahrungen vorgesehen ist, da in unterschiedli-
86 chen Herkunftsländern auch häufig eine unterschiedliche Praxis der beruflichen Bildung
87 vorherrscht. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für
88 Nicht-EU-Bürger*innen.

89 **Für religiöse Toleranz und Respekt**

90 In Nordrhein-Westfalen gehören rund drei Viertel aller Menschen einer Religionsgemein-
91 schaft an oder partizipieren an einer religiösen Organisation, ein Viertel der nordrhein-
92 westfälischen Bevölkerung ist konfessionslos. Wir wollen den Respekt der verschiedenen
93 Religionen untereinander und das Wissen übereinander fördern. Das friedliche Mitein-
94 ander von Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeugungen und solcher, die keiner
95 Religion zugehörig sind, ist eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Gesell-
96 schaft. Der Islam gehört dabei selbstverständlich zu Nordrhein-Westfalen. Die Einführung
97 des Islamischen Religionsunterrichts, der gemeinsam mit den islamischen Verbänden ent-
98 wickelt wurde, ist ein wichtiger Erfolg und ein deutliches Zeichen für die Anerkennung und
99 Wertschätzung des Islams in Nordrhein-Westfalen. Wir begrüßen das Urteil des Bundes-
100 verfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Schulen, weil es ein wichtiger
101 Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Pluralität unserer Gesellschaft ist, die keine
102 Diskriminierung aufgrund von bestimmten (äußerlichen) Merkmalen zulässt. Denn es
103 kommt nicht darauf an, was jemand auf dem Kopf, sondern welche Gedanken und Werte
104 sie im Kopf hat.

105 Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich wird aber auch
106 damit Rechnung getragen, dass es seit dem Beschluss des Landtags im März 2015 leich-
107 ter ist, Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsgrundschulen umzuwandeln, wenn dies dem
108 Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht.

109 In einer pluralen Gesellschaft ist es wichtig, besonders Kindern und Jugendlichen die Ach-
110 tung und Anerkennung aller Menschen und ihrer unterschiedlichen Wertvorstellungen zu
111 vermitteln und mitzugeben. Hierfür steht unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung
112 Pate, die die Basis für unser gemeinsames gesellschaftliches Zusammenleben darstellt. Eine
113 Pädagogik, die den Geist von Menschenrechten, Freiheit- und Selbstbestimmungsrechten,

114 religiöse Toleranz und Respekt aller in den Mittelpunkt stellt, wollen wir in den Schulen
115 weiter fördern.

116 **Für echte Gleichberechtigung**

117 Wir wollen sicherstellen, dass Frauen ihre Rolle in der Gesellschaft frei wählen können.
118 Hier konnten in den vergangenen Jahren viele Erfolge verzeichnet werden. Die tatsächliche
119 Gleichstellung von Frauen ist aber weiterhin eine große Herausforderung. Wir wollen
120 die Situation von Frauen in allen Lebensbereichen konkret verbessern und sehen Gleich-
121 stellung als Querschnittsaufgabe, die in allen politischen Bereichen besondere Relevanz
122 hat.

123 Um allen Frauen mehr Freiheit und Unabhängigkeit zu ermöglichen, wollen wir beste-
124 hende Nachteile angehen. Denn die bestausgebildete Generation von Frauen steckt be-
125 ruflich weiterhin in mehrfacher Hinsicht in der Falle: Frauen werden im Durchschnitt
126 bei gleicher und gleichwertiger Arbeit schlechter bezahlt, sie wählen häufig Berufe mit
127 niedrigerem Gehalt und auch für Sorgearbeit wie Erziehungszeiten und Pflegeauszeiten
128 nehmen häufiger Frauen Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit in Kauf. Deshalb set-
129 zen wir uns für ein konsequentes Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein und wollen
130 in Nordrhein-Westfalen die Koordinierungsstelle zu „Equal Pay“ als Unterstützung der
131 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten fortführen. Wir setzen uns für die Verbesserung
132 der Karrierechancen von Frauen ein und wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir
133 wollen die Kompetenzzentren Frau und Beruf mit umfangreichem Aufgabenprofil fortfüh-
134 ren sowie die geschlechterdifferenzierte Arbeitsmarktpolitik des Landes ausbauen, neue
135 Ansätze der Frauenförderung entwickeln und umsetzen. Hilfe für Opfer von Gewalt muss
136 selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns deshalb weiterhin für die verlässliche
137 und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen ein. Die
138 Weiterentwicklung der Frauenhäuser, insbesondere auch in Bezug auf die Bedarfe von
139 Gewaltopfern mit Behinderung, ist uns ein wichtiges Anliegen.

140 Geflüchtete Frauen bedürfen unserer verstärkten Solidarität. Neben politischer Verfol-
141 gung, Krieg und Bürgerkrieg haben sie oft vielfältige Formen von Gewalt erfahren, die
142 sich gegen ihren Körper und ihre Selbstbestimmung als Frauen richten. Wir unterstützen
143 deshalb politische Organisationen und Initiativen, die sich in diesem Bereich engagieren
144 und dringen auf eine Sensibilität auch bei der Unterbringung in den Kommunen.

145 Gleichstellungspolitik muss auch das Ziel haben, tradierte Rollen für Jungen und Männer
146 aufzubrechen. Wir wollen sie unterstützen, aus gelebten Mustern auszubrechen, um damit
147 auch Wahlmöglichkeiten zu erhalten, sei es im Berufsleben oder bei der Übernahme von
148 Verantwortung in der Familie und dem Zusammenleben.

149 **Für eine inklusive Gesellschaft**

150 Wir stehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen dazugehören – mit ihren indivi-
151 duellen Stärken und Schwächen. Denn es ist normal, verschieden zu sein. Unser Ziel ist
152 ein Nordrhein-Westfalen, in dem die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung

153 Vorrang hat. Inklusion ist ein Menschenrecht. Deshalb gehen die Ansprüche an eine inklu-
154 sive Gesellschaft weit über die Schule hinaus. In Nordrhein-Westfalen spielt die schulische
155 Inklusion aber eine besondere Rolle, denn die Schulen und Kitas sind Gesellschaft im
156 Kleinen und die Schulen des gemeinsamen Lernens bieten den besten Startpunkt für ein
157 inklusives Miteinander. Wir wollen die schulische Inklusion weiter voranbringen: Während
158 2005 nur 11,6 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Gemeinsa-
159 men Unterricht besucht haben, sind es inzwischen mehr als ein Drittel. Dieser Fortschritt
160 ist enorm. Unbestritten stellt die Inklusion das Schulsystem vor große Herausforderungen.
161 Deshalb haben wir in der Landesregierung dafür gesorgt, dass in den nächsten Jahren über
162 eine Milliarde Euro in den schulischen Inklusionsprozess investiert wird. Denn während
163 die Landesregierung von einer Verdreifachung der Inklusionsquote ausgeht, versechsfacht
164 sie bis 2017 die hierfür zur Verfügung stehenden Lehrerstellen. Zudem unterstützt die
165 Landesregierung die Schulen mit einem umfangreichen Fortbildungsangebot. Inklusion ist
166 eine große Chance für die Gesellschaft und eine Frage der Gerechtigkeit. Wir wollen den
167 Menschen mit all seinen Facetten und nicht seine Behinderung sichtbar machen. Dieses
168 Ziel verfolgen wir nicht nur im Interesse der Menschen mit Behinderung. Eine inklusive
169 Gesellschaft, die alle Menschen mit ihren Stärken und Schwächen annimmt, ist eine rei-
170 che Gesellschaft. Rücksicht und Respekt sind die besten Mittel gegen soziale Kälte und
171 Ausgrenzung.

172 **Für die Unterstützung aller Familien**

173 Familien sind bunt. Es gibt heute verschiedenste Formen, Familie zu leben. Für uns ist
174 Familie da, wo Kinder sind und wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.
175 Uns kommt es nicht auf den Trauschein der Eltern oder die Anzahl der Kinder an. Die
176 ideale Familie ist für uns jene, in der die Menschen miteinander glücklich sind. Patchwork-
177 Familien, Alleinerziehende und Regenbogenfamilien sind neben den „klassischen Familien“
178 längst Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Und selbstverständlich hat es auch niemand
179 zu bewerten, wenn Menschen sich entscheiden, ohne Kinder zu leben. Wir wollen alle
180 Familien unterstützen und hierfür das derzeitige System der Kinder- und Familienförde-
181 rung, in dem Familien mit hohem Einkommen aufgrund der Freibeträge überproportional
182 profitieren, vom Kopf auf die Füße stellen und gerechter machen sowie hierfür auf Bun-
183 desebene eine Kindergrundsicherung einführen. Wir wollen, dass jedes Kind den gleichen
184 Schutz, die gleiche Förderung und Unterstützung seitens des Staates erfährt. Insbeson-
185 dere Alleinerziehende müssen besonders unterstützt werden. Wir brauchen zudem end-
186 lich eine rechtliche Gleichstellung und bessere Absicherung von Regenbogenfamilien. In
187 Nordrhein-Westfalen wollen wir die Situation von Regenbogenfamilien konkret durch die
188 Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften und Entscheidungsträger*innen in den
189 Bildungs- und Jugendeinrichtungen sowie den Verwaltungsstrukturen verbessern.

190 **Für die Akzeptanz und Wertschätzung von Lesben, Schwulen, 191 Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in NRW**

192 Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sind unabhängig von ihrer sexuellen und ge-
193 schlechtlichen Orientierung und Identität Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass Les-

194 ben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBT TI) ihr
195 Leben selbstbestimmt und diskriminierungsfrei führen können sowie die Rechte und Teil-
196 habeancen in Anspruch nehmen können, die allen zustehen. Der nordrhein-westfälische
197 Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – ge-
198 gen Homo- und Transphobie ist hierbei ein großer Erfolg. Erstmals in der Geschichte des
199 Landes NRW ist Queerpolitik durch den Aktionsplan zur Querschnittsaufgabe geworden.
200 Mehr als einhundert Maßnahmen sind seit der Verabschiedung im Jahr 2012 angelaufen;
201 besonders hervorzuheben sind hierbei die rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetra-
202 gen Partnerschaften im Landesrecht, die Förderung der Vernetzungs- und Koordinie-
203 rungsstellen für das Projekt „SchLAU – Schwul-Lesbisch-Bi-Trans*-Aufklärung NRW“,
204 die Seniorinnen- und Seniorenarbeit sowie die Anti-Gewalt-Prävention. Wir wollen den
205 Aktionsplan fortführen sowie die Projekte und Verbände weiterhin finanziell unterstützen.
206 Zudem gilt es, den Aktionsplan weiter in die Fläche zu tragen und dabei insbesondere
207 den ländlichen Raum verstärkt in den Fokus zu nehmen.

208 **Für ein konsequentes Engagement gegen Rechtsextremismus und** 209 **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

210 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – rassistische, sexistische, antisemitische, homo-
211 phobe und andere diskriminierende Einstellungen – sind in der Gesellschaft weit verbreitet
212 und zwar unabhängig von Geschlecht, Bildung und Einkommen. Grundlage aller Formen
213 der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die
214 ganz eindeutig den Menschenrechten zuwider läuft. Hierfür ist es von größter Bedeutung,
215 schon von Kindesbeinen an die Erfahrung zu machen, gleich viel wert zu sein sowie aner-
216 kannt und gebraucht zu werden und auch, dass man auf Entscheidungen Einfluss nehmen
217 kann. Rechtsextreme Gruppierungen und Einzelpersonen sehen in menschenfeindlichen
218 Einstellungen eine Legitimation für ihre rechtsextreme Ideologie und auch für gewalttätig-
219 es Handeln. Derzeit verzeichnen wir auch in Nordrhein-Westfalen einen Anstieg rechter
220 Gewalt. Allein die offiziellen Zahlen der Kriminalstatistik belegen, dass etwa jeden zwei-
221 ten Tag in Nordrhein-Westfalen ein Mensch Opfer rechter oder rassistischer Gewalt wird.
222 Dem wollen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

223 Seit 2007 gibt es fünf mobile Beratungsteams in den Regierungsbezirken. Diese beraten
224 Institutionen, Behörden, Vereine, Schulen etc. im Umgang mit rechtsextremen Vorfällen.
225 Zudem unterstützen sie Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Seit 2011 fördert das Land
226 NRW auf grüne Initiative hin zwei unabhängige Opferberatungsstellen für Betroffene von
227 rechter/rassistischer Gewalt. Wir werden sicherstellen, dass diese Strukturen trotz knap-
228 per Kassen weiterhin aus Landesmitteln gefördert werden. Wir begrüßen, dass die Landes-
229 regierung NRW derzeit ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus
230 erarbeitet und die Zivilgesellschaft in diesen Erarbeitungsprozess breit und partizipativ
231 eingebunden ist.

232 Von Bedeutung ist an dieser Stelle auch eine Ausweitung der Bildungspartnerschaften
233 zwischen Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Schulen. Viele Projekte zur Erinnerungs-
234 kultur und der noch mögliche Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit Zeitzeuginnen

²³⁵ und – zeugen zeigen, wie wichtig die Beschäftigung der jungen Generation mit der deut-
²³⁶ schen Vergangenheit ist, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand